

Verlagsbedingungen und Anzeigenpreise  
sind in der Morgenausgabe angeschlossen  
Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3  
Telefon: Dönhoff 292 - 297  
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

# Vormärts

## Berliner Volksblatt

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

10 Pfennig

Sonnabend

30. Januar 1926

Verlag und Anzeigenabteilung:  
Geschäftszeit 9-5 Uhr

Verleger: Dornbrat-Verlag GmbH,  
Berlin SW. 68, Lindenstraße 3  
Telefon: Dönhoff 292 - 297

## Internationale Arbeitszeitkonferenz.

### England ladet ein. — Deutschland hat zugestimmt.

London, 30. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Die englische Regierung hat nunmehr die Antworten der französischen, belgischen, holländischen und deutschen Regierung auf ihre Anfrage erhalten, ob diese Staaten Interesse an einer Einberufung einer internationalen Konferenz zur Prüfung der Arbeitszeit haben. Der englische Arbeitsminister ist daraufhin von dem englischen Kabinett aufgefordert worden, diese Staaten zu einer Konferenz einzuladen.

### Chamberlain-Briand.

#### „Times“ über den Einigungsweg Europas.

London, 30. Januar. (M.T.B.) Die „Times“ schreibt zur Zusammenkunft zwischen Chamberlain und Briand: Es handelt sich gegenwärtig um einen Prozeß, dessen Ziel die Verwirklichung der internationalen und besonders der europäischen Einigkeit ist, was in Locarno in einem endgültigen politischen Akt seinen Ausdruck gefunden hat.

Die Freundschaft zwischen Großbritannien und Frankreich hat in erster Linie ein konstruktives und fortschrittliches und nicht ein mißtrauisches defensives Ziel. Seit Locarno hat die Politik, zu der Frankreich im vergangenen Jahre erheblich beitrug, einen gleichmäßig konstruktiven Charakter. Sie richtet sich oder sollte sich richten auf die Ermöglichung eines jeden Elementes der Stabilität in Europa. Dies ist die lebendige Idee, die in den Locarno-Verträgen enthalten ist. Sie ist endgültig und absolut entgegenge setzt dem zerstörenden Ziel des Bolschewismus wie der Befestigung einer altertümlichen Idee kleinbürgerlicher Exklusivität, wie sie von Seiten der Nationalisten in Deutschland und ähnlichen Parteien in anderen Ländern erfolgt. Wohl ist der in Locarno vorgezeichnete Weg nicht ganz glatt, haben sich doch schon einige Hindernisse gezeigt, so die lange Finanzkrise in Frankreich und die erste Wirtschaftskrise in Deutschland. Die Verwirklichung der politischen Verbindungen durch diese Ursachen ist geeignet, in beiden Ländern die größeren Fragen, um die es geht, zu verdunkeln. Was die kleineren Länder angeht, so kann der Geist der Exklusivität sie leicht auf den alten Weg bringen. Aus diesem Grunde erscheint Frankreichs beständiges Eingreifen im Zusammenhang mit den ungarischen Frankfällungen unangebracht, da es vermutlich gewisse Elemente einer stabilen Regierung in schwierigen Regionen gefährdet.

Aber, wenn auch die Formen der Einigkeit sich bisher nur unvollständig erkennen lassen, so besteht doch jetzt endgültig ein europäisches Bewußtsein. Der in einigen Kreisen vorgebrachte Gedanke ist abzulehnen, daß die europäischen Nationen vielleicht zur Bildung einer gemeinsamen Front gegen Amerika aufgerufen werden könnten. Der wesentlichste Grundgedanke muß sein, bei allen Bemühungen allmählich regionale Abkommen über ganz Europa auszubilden, niemals zuzulassen, daß diese Abkommen einen ausschließlichen Charakter erlangen, sei es innerhalb Europas oder innerhalb der Welt, denn die ständige Rückwirkung solcher Verträge auf Europa darf, wie man besonders gut in England weiß, niemals auch nur für einen Augenblick außer Rechnung gelassen werden.

## Völkerbundsfeinde als Völkerbundsbeamte?

### Ein Genfer Skandalwächter als deutscher Vertreter.

Von sehr gut unterrichteter Seite erfahren wir, daß unter den Persönlichkeiten, die für die von Deutschland im Völkerbundssekretariat zu besetzenden Posten in Aussicht genommen sind, sich der Genfer Korrespondent der „Kölnischen Zeitung“ Dr. Max Beer befindet. Er soll einen Posten in der Nachrichtenabteilung des Völkerbundes erhalten.

Schon jetzt muß gegen eine derartige Absicht schärfster Widerspruch erhoben werden. Gewiß ist Dr. Max Beer, der vor dem der Genfer Berichterstatter von M.T.B. war, ein sehr geschickter und routinierter Journalist. Besonders auf dem Gebiet der politischen Intrige ist er außerordentlich bewandert. Solange in der Wilhelmstraße ein völkerbundsfeindlicher Kurs herrschte, war Dr. Beer einer der Inspiratoren des Ablehnungsfeldzuges, den die offiziellen Stellen der Reichsregierung in der ihnen ergebenden Presse führten. Besonders er ist es gewesen, der alle nach Genf kommenden links gerichteten Persönlichkeiten der „Postenjäger“ verdächtigte. Von ihm stammt das niederträchtige Schlagwort der „freiwilligen diplomatischen Fremdenlegionäre Frankreichs“, das zum erstenmal in einem Genfer Telegramm der „Kölnischen Zeitung“ auf linksstehende deutsche Politiker und Journalisten angewendet wurde, die von Genf aus die Notwendigkeit und die Vorteile eines Eintritts Deutschlands in den Völkerbund zu einer Zeit propagierten, als sich die hohen Herren der Wilhelmstraße zu dieser Erkenntnis noch nicht durchgerungen hatten. Auch an dem jüngsten Ständekampfbuch der Reichsregierung gegen die Zentrumspartei und die Sozialdemokratie war der Genfer Berichterstatter der „Kölnischen Zeitung“, der übrigens mit dem Konjul Schmann eng liiert ist, eifrig beteiligt. Nach unseren Informationen soll es gerade Dr. Max Beer sein, der die Hygenbergsche Verleumdungstapagne inspirierte. Diese Version ist um so glaubwürdiger, als die Hygenberg-Blätter keinen eigenen Berichterstatter in Genf besitzen, hingegen zwischen Dr. Kriegl und Dr. Beer gute Beziehungen bestehen.

Die Nachricht seiner geplanten Ernennung zum Mitglied der Nachrichtenabteilung des Völkerbundes würde den Kriegsbüchsen Verleumdungsfeldzug in ganz besonders eigenartiger Weise erscheinen lassen. Es wäre ein geradezu klassisches Beispiel der „Halbi-Don-Dieb“-Taktik. Schon jetzt aber muß an die zuständigen Stellen sowohl in Genf wie in Berlin eine entschiedene Warnung gerichtet werden. Die Ernennung von Persönlichkeiten, die bis vor

kurzem öffentlich und vielleicht heute noch innerlich dem Völkerbund ablehnend gegenüberstehen, würde geradezu eine Herausforderung der aufrichtigen Freunde des Völkerbundsgedankens in Deutschland sein. Wenn das Genfer Völkerbundssekretariat entsprechende Beziehungen zur deutschen Presse wünscht, dann muß es dafür sorgen, daß aus dieser beabsichtigten Ernennung des Dr. Max Beer nichts wird!

### Mussolini entschuldigt sich.

#### Wegen der Demonstration vor der deutschen Botschaft.

Rom, 30. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Der deutsche Botschafter hat Mussolini sofort telefonisch von der Demonstration der Studenten gegen Deutschland verständigt. Darauf sprach der Ministerpräsident sein Bedauern aus und sandte zwei Beamte des Auswärtigen Amtes zur Botschaft, um auch offiziell das Bedauern der italienischen Regierung zum Ausdruck zu bringen.

In einer offiziellen Auslassung erklärt die „Tribuna“, daß diese Inszenierungen studentischer Demonstrationen „im demokratischen Stil“, d. h. aus der Zeit, wo die Regierungen solche Demonstrationen als Feilschspiele nötig hatten, alsbald aufzuhören haben. Die Agentur Stefani teilt mit, daß entschiedene Maßnahmen erteilt worden seien, um eine Wiederholung der Demonstrationen zu verhindern.

### Deutscher österreichischer Protestschritt.

Wien, 29. Januar. (M.T.B.) Der Bundeskanzler hat sich an den österreichischen Gesandten in Rom gewandt und um Übermittlung des amtlichen italienischen Textes der Verordnung gebeten, die den Ausländern den Handel in den Grenzgebieten unterlag. Nachdem jetzt der Wortlaut der Verordnung vorliegt, wird in politischen Kreisen erklärt, daß die österreichische Regierung in den nächsten Tagen erste Barstellungen in Rom erheben wird.

## 285 Milliarden Franken Schulden.

### Der drohende Zusammenbruch der französischen Finanzen.

Paris, 30. Januar. (Eigener Drahtbericht.) In der Kammer teilte am Freitag abend Finanzminister Doumer mit, daß die innere Schuld eine Höhe von 285 Milliarden erreicht habe. Gefährlicher als die Höhe dieser Ziffer sei ihre Zusammensetzung, zumal die Tatsache, daß die Anleihebonds ohne Ausnahme kurzfristiger Natur seien. Die Befürchtung, daß eine neue Krise zu einem Zusammenbruch des Franken führen könne, sei nicht von der Hand zu weisen. Die dringende Aufgabe des Augenblicks sei, für die staatlichen Ausgaben volle Deckung in den ordentlichen Einnahmen zu schaffen, um auf diese Weise das Vertrauen wiederherzustellen. Die Stabilisierung des Franken habe die Tilgung der Staatsschuld bei der Bank von Frankreich und die Amortisierung der übrigen Schulden zur Voraussetzung. Zur Durchführung dieser Maßnahmen sei eine Erhöhung der Einnahmen um 8 bis 9 Milliarden notwendig.

## Die abbröckelnden Liberalen.

### Die Rückwirkungen des Austritts von Mond.

London, 30. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Die Spaltung der Liberalen Partei nimmt einen größeren Umfang an, als zuerst angenommen wurde. Zwölf Abgeordnete trugen sich mit der Absicht, dem Beispiel von Sir Alfred Mond zu folgen, und eine eigene Gruppe zu bilden. Die Gesamtpartei würde dann nur noch 39 Abgeordnete ausmachen.

## Der Reichsindex.

### Leichter Rückgang — sagt die amtliche Meldung!

Die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung, Bekleidung und „sonstiger Bedarf“) ist nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamtes für den Durchschnitt des Monats Januar mit 139,8 gegenüber dem Vormonat (141,2) um 1,5 Proz. zurückgegangen. Die Ernährungskosten allein haben sich, trotz weiteren Anziehens der Preise für Gemüse und auch Kartoffeln, infolge des vor allem in der ersten Januarhälfte stärkeren Sinkens der Preise für Milch und Milcheryugnisse und auch des Rückganges der Eierpreise um 2,1 Proz. ermäßigt. Die Wohnungsmiete hat im Januar gegenüber Dezember 1925 im Reichsdurchschnitt um zwei Prozent angezogen.

Die französische Saargrubenverwaltung. Die Kommission zur Untersuchung der Spekulation hat gestern den Bericht des sozialistischen Abgeordneten Uhr angenommen, der sich auf die Holzverkäufe der Staatsbergwerke des Saargebiets bezieht. Uhr hat hierbei zahlreiche Mißbräuche und Skandale festgestellt. Die Kommission hat eine Untersuchung gegen die schuldigen Beamten beschlossen.

Eine Schlappe Maginots. Um den Posten des Vorsitzenden der Armeekommission der Kammer hatte sich der ehemalige Kriegsminister des Kabinetts Poincaré Maginot beworben. Es wurde jedoch mit 26 gegen 14 Stimmen der bisherige Präsident der Kommission, der Radikalsozialist Girard wiedergewählt.

Ein schwedisch-finnischer Schiedsgerichtsvertrag wurde in Stockholm unterzeichnet. Er entspricht in der Hauptsache den mit Norwegen und Dänemark abgeschlossenen Schiedsverträgen.

## Der faule Kopf.

### Dittmanns Anklagen ohne Widerlegung!

Die Erörterungen über Dittmanns Referat sind bis zu einem Punkte gediehen, an dem eine einigermaßen abschließende Betrachtung möglich ist. Das Ergebnis läßt sich vorwegnehmend in die Worte zusammenfassen: Es ist alles bestätigt, was Dittmann behauptet hat.

Anders konnte es ja auch gar nicht sein, denn die Behauptungen Dittmanns stützen sich auf die Akten. Diese Akten sind nicht von Dittmanns Gesinnungsgenossen angefertigt, sondern von seinen schärfsten Gegnern, und keiner, der auf ihren Inhalt Einfluß hatte, kam die Absicht gehabt haben, etwa durch wahrheitswidrige Angaben die Sache, der er diente, zu schädigen. So sind sie, von Dittmann ins Licht der Öffentlichkeit gestellt, zu einer Selbstbeziehung des alten Systems geworden.

Die Gegner versuchen die Sache so darzustellen, als ob es sich um einen Kampf der Meinungen handelte. Wenn sie irgend eine „Autorität“ für die Meinung, die sie für wahr halten wollen, ins Feld führen können, erklären sie triumphierend Dittmann für geschlagen. Das ist ein ganz plumper Fälschertick.

Nicht um Meinungen handelt es sich, sondern um Tatsachen. Natürlich kann man „verschiedener Meinung“ darüber sein, ob das Essen in der Flotte gut oder schlecht gewesen ist, ob die alldeutsche Propaganda oder die mehrheitssozialistische oder die unabhängige den Volksinteressen gedient hat, ob ein Flottenvorstoß zu dieser oder jener Zeit Aussicht auf Erfolg hatte oder nicht usw. Es gibt keine Meinung, die so töricht wäre, daß sie sich nicht vor einem urteilslosen Publikum verrecken ließe. Aber um die Tatsachen kommt man damit nicht herum.

Die Marineleitung war der Meinung, daß die Unabhängigen die Landesverteidigung mit Gewalt lähmten und die Niederlage Deutschlands herbeiführen wollten. Diese Meinung steht zu bekannten Tatsachen und zu Erklärungen, die von den damaligen Führern der USR zu jener Zeit und später abgegeben wurden, in Widerspruch.

Aber mochte die Marineleitung auch diese Meinung haben und sie für begründet halten, so wird damit doch nicht die Tatsache aus der Welt geschafft, daß zur Befämpfung jener angeblich gefährlichen Bewegung Lokspitzel verwendet wurden und daß man mit ihrer Hilfe strafbare Tatbestände — verbotene Versammlungen mit Aufreizung zu Gewalt — herbeiführte, um sich „Beweismaterial“ zu verschaffen und schwere Strafen zu verhängen. Es wird nicht die Tatsache aus der Welt geschafft, daß Reichpietsch und Köbis zum Tode verurteilt und erschossen wurden, obwohl nach der Ueberzeugung der juristischen Berater der Marine keine Straftat vorlag, die diese Strafe gerechtfertigt, und daß der Admiral v. Scheer die juristischen Bedenken anerkannte und dennoch die Erschießung befahl. Es wird nicht die Tatsache aus der Welt geschafft, daß ein Brief des zum Tode verurteilten Reichpietsch an seine Eltern bis nach seiner Erschießung zurückgehalten und damit sein letzter Versuch, Begnadigung zu erlangen, durchkreuzt wurde.

Diese furchtbaren Tatsachen bleiben bestehen. Es ist nicht der geringste Versuch gemacht worden, sie zu bestreiten.

Die Regierung Michaelis-Capelle unternahm gegen die USR im Reichstag einen Vorstoß. Die Grundlage dafür bildete das „Gesändnis“ des Matrosen Calmus, Dittmann habe ihn durch Geldversprechen und Klumpen mit gefüllten Geldbeuteln zu einem Attentat auf Wilhelm II. anzustiften versucht.

Auch dieser Tatbestand, der auf die Intelligenz der damaligen Reichsregierung ein eigenartiges Licht wirft, ist unwiderlegt geblieben.

Zur Geschichte des geplanten Flottenvorstoßes vom Herbst 1918 sind durch die Zeugenaussage des Vizeadmirals v. Trotha, durch das vom „Vormärts“ reproduzierte Flugblatt der Reichsregierung und die Bekundungen des Prinzen Max neue wertvolle Feststellungen gemacht worden.

Am 5. Oktober hatte die Reichsregierung auf Drängen der Obersten Heeresleitung die Gegner um Waffenstillstand ersucht, „um weiteres Blutvergießen zu vermeiden“. Am 26. Oktober war die Marineleitung der Zivilregierung unterstellt worden. Für den 29. Oktober aber war ohne Wissen der Reichsregierung ein Flottenvorstoß geplant, der sich gegen die Themsemündung und gegen Scapa Flow richten sollte, und dessen Zweck nach dem Zeugnis des Vizeadmirals v. Trotha war, „das Bild der Machtverhältnisse vollständig zu ändern“.

Die Mannschaften stellten sich auf den Standpunkt, der Plan der Admirals sei ein Verstoß gegen die Waffenstillstandsverhandlungen und gegen die Politik der verfassungsmäßigen Regierung. Sie wollten nicht für ein Unternehmen, das sie für sinnlos hielten, ihr Leben riskieren und leisteten Widerstand. Nun rief die Marineleitung die Reichsregierung zu Hilfe und ließ durch diese einen Aufruf an die Mannschaften verbreiten, in dem die Absicht eines Flottenvorstoßes gelehrt wurde. Dieser Aufruf wurde vom Reichsminister Max von Baden, vom Staatssekretär der Reichsmarine Ritter v. Mann und vom Staatssekretär Gen. Scheidemann gutgläubig unterschrieben.

Diese Tatsachen stehen jetzt so fest, daß jeder Versuch, an ihnen zu rütteln, vergeblich bleibt.

Die Rechtspreffe klammert sich an die Erklärungen des Prinzen Max, insofern in ihnen ein Flottenvorstoß an sich für aussichtsreich erklärt und der Widerstand der Mannschaften moralisch verurteilt wird. Hier wird wieder ein Versuch gemacht, Meinungen für Tatsachen zu unterscheiden. Tatsache ist nur, daß Prinz Max über die Wirkungen eines Flottenvorstoßes anderer Meinung war als seine politisch erfahreneren Regierungskollegen Payer und Scheidemann. Aber auch er bestätigt, daß ihm von dem gepflanzten Unternehmen „keine Silbe“ gesagt worden war, und auch er ist der Meinung, daß das Unternehmen politisch unmöglich war, so lange die Waffenstillstandsverhandlungen nicht geschickter waren, sondern noch schwächer.

Die Marineleitung will jetzt geglaubt haben, sie sei imstande gewesen, durch Einsatz der Hochseestreitkräfte England entscheidend zu schlagen. Aber sie hat selbst durch den U-Bootkrieg, den sie gefordert, ja geradezu erpreßt hatte, die Hochseestreitkräfte bis zum Beginn der Verhandlungen über den Waffenstillstand an ihrer Basis festgehalten. Konnte England zur See entscheidend geschlagen werden — was Admiral v. Scheer freilich ganz energisch bestritt — dann hätte sie schon längst, nicht erst nach der Bitte um Waffenstillstand, zum entscheidenden Schlag freigemacht werden müssen.

Kurz und gut: die kaiserliche Admiralität hat sich hoffnungslos in ihr eigenes Lügennetz verstrickt. Deutschlands Führung im Krieg war intellektuell und moralisch so minderwertig, daß man kaum erklären kann, wie unter dieser Führung so lange Widerstand gegen die Uebermacht der Feinde geleistet werden konnte.

Die Lösung dieses Rätsels hat kein anderer als Tirpitz selbst gegeben, als er zu Kriegsbeginn in seinem Tagebuch bemerkte, das Volk sei herrlich, nur der Kopf sei faul.

Wenn heute dieser faule Kopf die Schuld an dem unglücklichen Ende auf das Volk abwälzen möchte, so beweist er damit nur, wie faul er ist!

### Wilhelms „geopferte Ehre“. Und der Pilgerzug nach Doorn.

Im politischen Teil der Abendausgabe Nr. 46 des „Vorwärts“ wurde berichtet, daß der „Hosprediger“ Vogel in Potsdam anlässlich der Kaisergeburtstagsfeier in der dortigen Friedenskirche eine das deutsche Volk und die Republik maßlos beschimpfende Rede gehalten hat. Nebenbei gab er eine förmliche Begründung für Wilhelms Flucht mit den Worten: „Er opferte seine Ehre, um seinem Volke den Bürgerkrieg zu ersparen.“

Die gleiche Redewendung findet sich in einer vor kurzem im „Christlichen Sonnenweg-Verlag“ erschienenen kleinen Flug-schrift „Was ich beim Kaiser in Haus Doorn sah und erlebte.“ Daniel Schäfer, die diese Schrift vorantworlich zeichnet, ist für die Evangelisation tätig. Er war zusammen mit einer Schar anderer frommer Leute nach Doorn gepilgert, um „Arbeit zu schaffen über einige Fragen, die wie ein Alpdruck auf Millionen deutscher Herzen lasten“. Die Kaiserpilger waren drei Tage lang auf Kasten Wilhelms in einem Doornener Hotel einquartiert, sprachen auch Wilhelm und seine Hermine, wobei der Eckaiser sich vor allem über „das christlichfeindliche und darum leerenmordende Judentum“ äußerte.

Sie besuchten schließlich den Grafen Bentinck in Amerongen, bei dem Wilhelm sich die ersten anderthalb Jahre nach seiner Flucht ausruhte. Hierbei soll Graf Bentinck, der intime Hohenzollernfreund, gesagt haben: „Ein Hindenburg hat ihn dringend gebeten, nach Holland zu gehen, um einen Bürgerkrieg zu vermeiden. Seine Ehre hat er geopfert, um seinem Volke das Blut zu sparen.“

Es liegt also System in der Sache, um die wahren Beweggründe der Flucht zu verschleiern. Vor seiner Flucht hat Wilhelm an das Blutsparen nicht gedacht. Allerdings

opferte Wilhelm lieber die Ehre als sein Blut. Bemerkenwert ist auch die Mitteilung des Bürger-Schäfer, daß Wilhelm seine Tage hauptsächlich mit Beten verbringt. Er fühlt sich noch immer als „höchster Bischof“ und hält täglich Andachten ab, bei denen er in seiner bekannten Art „predigt nach dem alten Hohenzollernschen Leitsatz: zu arbeiten für das Volk“.

Die angebliche „Arbeit für das Volk“ besteht für den Buchprediger Wilhelm augenblicklich darin, von seinen so heiliggeliebten ehemaligen „Untertanen“ möglichst viele Millionen herauszuschlagen. Wahrscheinlich zur höheren Ehre Gottes!

### Der Loeffelholz.

Die „Kreuzzeitung“ ruft zu Prügeleien auf.

Nur um es festzuhalten: Im Blatt des Grafen Westarp und des alten Adels, der „Kreuzzeitung“, darf heute — Nr. 49 vom 30. Januar 1926 — ein gewesener Major mit dem schönen Namen Freiherr Loeffelholz von Colberg eine echt adeliche Schimpfkanonade gegen den Genossen Dr. Schüßler eröffnen, die in nichts geringerem endet, als in der nockten Auf-forderung, den Angegriffenen bei seiner irgendeinen möglichen Anwesenheit in Bayern regelrecht zu verprügeln!

Das schreibt der Loeffelholz im Blatt des Grafen Westarp! Stände etwas ähnliches in einem sozialdemokratischen Blatte, so würde über ganz Deutschland sich die „stille Entrüstung“ Ost-elbiens ergießen und für jede Prügelei auf der Welt die „sozialdemo-kraische Hehe“ verantwortlich gemacht werden.

Wir wissen jetzt auf wessen Konto die Prügel- und Ra-daulust der Jungnationalisten kommt: Im Organ des alten Adels, in der deutschnationalen „Kreuzzeitung“ des Grafen Westarp wird zum Prügeln aufgerufen!

Nur um es festzuhalten, teilen wir diese Tatsache hier mit. Die Schlussfolgerungen ergeben sich von selbst!

### Staatsratswahl in Sachsen.

Halle, 30. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Die am Freitag durch den Provinziallandtag der Provinz Sachsen vorgenommenen Wahlen zum preußischen Staatsrat hatten folgendes Ergebnis: Es wurden gewählt zwei Sozialdemokraten (Oberbürgermeister Weims-Magdeburg und Geschäftsführer Willi Schulz-Erfurt), 2 Deutschnationale, 1 Volksparteiler, 1 Kommunist und ein Demokrat.

Bei den Wahlen zum Provinzialauschuss haben die republikanischen Parteien durch Listenverbindung mit den Kommunisten erreicht, daß gewählt wurden: 4 Sozialdemokraten, 2 Kommunisten, 1 Demokrat, 1 Zentrumsmann, 1 Völkischer und 6 Deutschnationale und Volksparteiler. Zum Vorsitzenden wurde Genosse Oberbürgermeister Weber-Halberstadt gegen den deutschnationalen Oberbürgermeister Ripe-Halle gewählt.

### Pommersche Staatsratswahl.

Stettin, 30. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Der Pommersche Provinziallandtag wählte heute als Vertreter der Provinz für den Preußischen Staatsrat 3 Deutschnationale und 1 Sozialdemokraten. Der Provinzialauschuss setzt sich nach der Neuwahl aus 5 Deutschnationalen, 4 Sozialdemokraten und je 1 Abgeordneten der Aufwertungs-, Mittelstands- und Deutschen Volkspartei zusammen.

Der Vizepräsident des Reichstages beriet über die Einteilung der Arbeiten für die nächste Woche. Der Mittwoch nächster Woche war für die Einbringung des Etats für 1926 durch den Finanzminister Dr. Reinhold vorgelesen. Da aber der Finanzminister den Wunsch hat, seine Ausführungen über den Etat ausführlich zu gestalten und eventuell zugleich neue Steuerorschläge zu machen, so verschob der Vizepräsident die Staatsberatung auf Mittwoch, den 10. Februar. Dafür soll am nächsten Mittwoch, den 3. Februar, die zweite und dritte Lesung der Kamelle über die Militärgerichtsbarkeit und am Donnerstag das Sperrgesetz zur Frage der Fürstenabfindung beraten werden. Weitere Dispositionen sind noch nicht getroffen.

### Die Schupo ins Rheinland.

Abschiedsrede Severings.

Auf dem Hofe der Unterkunft der Postinspektion Barden (ehemalige Alexander-Kaserne) fand gestern nachmittag eine kurze Abschiedsfeier für diejenigen Polizeibereitschaften statt, die von der Schupo-Polizei Berlin nach dem freigeworbenen Rheinland abgezogen werden. Bei der Abschiedsfeier erschien Minister Severing in Begleitung des Polizeipräsidenten Gröfing und des Geheimrats Glaser vom Ministerium des Innern. Minister Severing begrüßte die aufgestellten Bereitschaften und hielt dann eine Ansprache, in der es heißt:

„Für den preussischen Staat und für das preussische Volk ist die Tatsache, daß Sie unmittelbar vor der Befreiung der Röhner Zone in das besetzte Gebiet abrücken, von außerordentlicher Bedeutung; ist sie doch ein Zeichen dafür, daß es mit der Befreiung Deutschlands Ernst wird. Und darin, daß wir durch Ihre Entsendung wieder die Souveränität über das besetzte Gebiet erhalten haben, drückt sich eine weitere Besserung unserer Beziehungen zu dem ehemaligen Feindbund aus. Wer uns noch vor einem Jahre gesagt hätte, daß am 31. Januar 1926 die erste Zone geräumt wird, den würden wir damals zweifellos für einen unverbesserlichen Optimisten gehalten haben.“

Ihre Ueberführung in das Rheinland ist der Schlußstrich unter die Leidenszeit, die nun für die erste Zone beendet ist und die jetzt auch gemildert wird und hoffentlich recht bald ebenfalls beendet sein wird für die weiteren nach besetzten Gebiete im Rheinland, in der Pfalz und in allen deutschen Landesteilen. Sie kommen in ein Gebiet, das wirtschaftlich am meisten dankeverliegt.“

In diesen wirtschaftlichen Räten sei gerade bei der Postzeit ein großes Maß von Takt und Klugheit notwendig. Der Minister verweist darauf, daß die Berliner Polizeibeamten im Rheinlande diesen Takt und diese Klugheit zeigen und sich ihrer rheinischen Kameraden würdig erweisen werden, die solche Eigenschaften gerade in den Zeiten der Befreiungsnot mehrfach an den Tag legten.

### Deutschnationale Bekenntnisse.

Öffnung auf einen neuen Retter.

Vor kurzem fand in Berlin eine Reichsangehörigenversammlung der Deutschnationalen statt, zu der der Ortsauschuss deutschnationaler Industrieller bezeichnenderweise einen Fregattenkapitän als Vertreter entsandt hatte!

Der Abgeordnete Schlange-Schöningen referierte über die gegenwärtige innenpolitische Lage. Ueber kurz oder lang sagte er, müsse eine Regierung kommen mit einem „umfassenden Rettungsprogramm“. Erst dann würden wir wirtschaftlich und staatlich wieder aufleben und wirkliche Sozialpolitik treiben können. Damit sagt dieser Schlange, daß sowohl der „Retter“ wie die deutschnational beherrschte Regierung Luther-Schiele versagt haben. Schlange verrät aber leider nicht, wer uns künftig „retten“ soll. Er sagt nur noch, daß man diese Rettung nicht mit dem übertriebenen parlamentarischen System machen könne, daß dem Reichspräsidenten eine kürzere Regierungsgewalt übertragen werden und daß das Wahlalter hinaufgesetzt werden müsse.

Die Not der Zeit, so schloß Schlange, werde über kurz oder lang doch dahin treiben, „daß eines Tages eine Regierung der Vernunft und des Willens kommt, die nach einheitlichem Plan das tut, was zur Rettung von Staat und Volk aus höchster Not erforderlich ist“.

Also ein neues Schändnis, daß die Regierung, in der die Schiele, Reuhaus, Schlieken einen entscheidenden Einfluß hatten, nicht diese „Regierung der Vernunft und des Willens“ gewesen ist. Angesichts solchen Versagens der eigenen Leute bleibt freilich nichts anderes übrig, als die Hoffnung auf einen deutschnationalen Retter!

Vor der britisch-portugiesischen Schuldentregulierung. Am 20. Februar wird in London die portugiesische Schuldentommission zur Regelung der portugiesischen Kriegsschulden an England in Höhe von beinahe 20 Millionen Pfund erwartet.

### Ein Reinhardt-Erfolg.

Man hat immer nur sozial Schicksalstheorien als man zueinander kam. Inna Werfel.

Die gestrige Aufführung der dramatischen Historie in 13 Bildern „Juarez und Maximilian“ von Franz Werfel im Deutschen Theater wuchs sich zu einem großartigen Theatererfolg aus. Max Reinhardt, der Regisseur, Anzeigenregisseur brillierte in allen Rollen. Die begeisterten Zuschauer applaudierten ohne Ende, auch als schon längst der eiserne Vorhang gefallen war. Man sprang auf die Kämpfe und drückte die kleine eigene Tür auf, die stürmischen Rufe nach Reinhardt und den Schauspielern erschollen aufs neue. Schon vor der ersten Pause legte frenetischer Beifallsjubel ein. Reinhardt und Deutsch wurden immer wieder gerufen und Franz Werfel verneigte sich glücklich.

Die Begeisterung des Hauses war zu verstehen. Hier haben wir wieder einmal richtiges bunteschillerndes, die Sinne betörendes Theater, Schatepearish und Schiller's. Großartig die Bühnenbilder von Ernst Schütte, imponierend die vielgestaltige Buntheit der Ereignisse, prächtig und wohlwollend die zur Schau gelangene echt demokratische Gesinnung. Der Kampf in Mexiko zwischen dem Bürgerdiktator Juarez und dem aus Oesterreich ins Land gepflanzten Kaiser Maximilian gibt Anlaß zu Szenen mit goldener Pracht, äußerlich und in der Ghit. Hohe Worte werden gesprochen, Balsam für ein reines Herz in heutiger materieller Zeit. Eine Pracht — aber, du lieber Himmel, eine kalte Pracht. Von einem Franz Werfel, der einmal der Unsere war, ein rarer Poet der immerwährenden Menschlichkeit, haben wir nichts Außerordentliches erwartet. Was ist denn sein Drama? Ein Ausschnitt aus der bewegten Geschichte Mexikos. Den können wir bildhafter, anschaulicher und auch interessanter in jedem Geschichtsbuch oder Konversationslexikon erleben. Oder ist Werfels Historie eine Schicksalsdarstellung, erfüllt mit neuem dramatischen Griff — (schon vor 60 Jahren hat es eine dramatische Bearbeitung desselben Stoffes gegeben — oder ein Abenteuer verstandenbendes Dichterisches Wert nicht? Auch das Ident Werfel uns nicht. Das gewaltige Geschehen verliert der Dichter nicht zu gestalten. Der dramatische Aufbau ist manchmal von rührender Hilfslosigkeit. Da werden Briefe auf offener Szene verlesen und auch sonst ergibt sich der Fortgang der Handlung nicht aus der Szenenfolge, sondern ist mühselig konstruiert aus Erzählungen zwischen den Bühnenschauspielern. Und die hohen Worte gehen auf Stellen. Erhabene Sentenzen. Der Sinn der Feindschaft ist die Verführung. „Der Wille zur Güte ist Güte noch nicht“, scheinen gewaltig auf ein Postament gestellt mit der durchsichtigen Absicht, daß man bewundernd zu ihnen aufsehen soll. Billige Theatererfolge, wie einflussendes Eingreifen der Kunst, lassen allmählich im kritischen Zuschauer ein leichtes Gefühl des Widerwillens aufkeimen.

Tennach aber wird ohne Zweifel die Aufführung ein Kosten-erfolg werden. Nebenbei in den Kammerspielen gibt es ein gutes Stück mit ungeliebter Befragung. Hier gibt es ein schlechtes Stück mit herabwürdigenden Schauspielern. Wann wird auf der deutschen Bühne endlich eine erlebnishaft Komödie mit gutem Spiel erleben? Die hervorragendsten Leistungen waren der in seiner kalten Berechnung beängstigende Erzähler des Friedrich Kühne,

der verräterische, vertiegene Oberst Lopez des Paul Bildt, der unerhittliche Halbbruder Marjalla Bazain des Oskar Homolka und der majestätisch würdige, still und gehalten spielende Maximilian des Paul Harman. Auch Maria Kottenshöfer als temperamentvolle Prinzessin ragte aus der unübersehbaren Schar der Beschäftigten heraus, ebenso wie Sybille Binder (Maximilians Gemahlin), aber in entgegengekehrter Richtung. Ihre Gestaltlichkeit war von Anfang bis zum Ende gemachtes Theater. Den prächtigsten Genuss erlebten wir bei Ernst Deutsch und Hermann Ballentin. Ballentin ein in keiner Herzensgüte erschütternder Leibarzt und Deutsch, General Diaz Körper gepordene Energie und edle Menschlichkeit. Ernst Degner.

### „Ostpolzug.“

(Erstaufführung im Staatstheater.)

Nicht mit Blättergelehrten, aber doch mit Trillerseifen, musikalischen Hauschüssel und ähnlichen Marktrinstumenten wurde im Staatstheater um das neue Stück Arnold Bronnens gekämpft. Man wollte, wenn die Manifestation der Respektablen richtig verstanden wird, den Dichter von der Rampe wegschieben und den Regisseur Jehner und seine beiden erfahrungreichen Architekten Herit und Röhrich mit Ostfeste feiern. Die Kunstgelehrten, die mit den Beifallsmethoden des Bogerrings und des Sechszugerechnens bestritten wurde, endete schließlich zumgunsten der gegen Bronnen Gesinnungen.

Damit ist nicht gesagt, daß Bronnen einen großen Erfolg einheimen kann. Es bestätigt sich wieder der Eindruck, daß der Dichtung nicht männlich werden kann. Der Gedankeninhalt seines Schauspielers ist nur würdig eines ausgewaschenen Gymnasialisten. Nicht mehr läßt sich verteidigen.

Der Erbreiter des Raum Eoverest soll gepriesen werden. Hat dieser tühne Mann den höchsten Erdgipfel erklimmen, ohne daß die Gletscher ihn abschüttelten, dann hat er den mystischen, den idealen Ostpol der Erde bezwungen. Dann hat er den Wetteroberungsplan des großen Alexander vollendet. Es mischt sich dem auch im Kopfe des Dramatikers die Gestalt des antiken Heros mit der Gestalt des zeitgenössischen Pioniers. Bald rast Alexander auf der Bühne, bald der fabelhafte Alpinist. Bald schmant die amite Gallerie vor Babylon. Bald rassel und dampft das Auto durch die chinesische Stromschneise.

Dann wäre ja eine fabelhafte Bewegung auf der Bühne — es ist eine Bewegung, die nicht vom Worte, also dem eigentlichen Element des Dramas herkommt. Wenn schließlich Alexander, diesmal des großen Nozodiers heute ergeborener Entel, auf dem Gipfel des Nierenberges jubelt, seine Nebenmenschen in der Tiefe anprollt und ihnen das Feuerzeichen seines Triumphes spendet, dann ist nichts als ein Kinodrama vorbei. Gedanklich wurde gar nichts gewonnen. Man ist nur darüber verwundert, daß ein gar nicht mehr so junger Mann noch immer wie ein Siebzehnjähriger stammelt.

Es freut sich aber der Regisseur, der von Entfällen strotzt, über dieses Kinodrama. Jehner sagt sich: Gerade dieses gedankenarme Szenengerüst, das von einem mittelmäßigen Bauwerkstilanten stammt, soll mir Unsterblichkeit bringen. So demostriert und

maschiert er also zugleich ohne Federlesen das ausgeblasene Ding und macht auch ohne Skrupel aus dem Staatstheater ein Kinotheater. Mit der Aufzählung der Widermittel beginnt er; genau wie im richtigen Kino. Mit kuriose Halb- und Ganzsahnen, mit Schiffsbildern und Autotricks und gepenselten Händen und schiefen Ebenen arbeitet er, endlich auch mit Nebeldämpfen und phantastischen Lichtern. Schon die Rollen von Reierhold wollen das Theater auf solche Art revolutionieren. Wie dem auch sei, Jehner ist auf jeden Fall sehr originell. Er ruht die Musikanmöglichkeiten des Theaters geschickt aus. Nur im letzten Bild verlag er. Da soll der ererbte Gipfel auf der Bühne sichtbar werden. Die Musik wird aber in-geschlagen, wenn ein paar Bretter, mit Kupfen bezogen, das Grauen der ganzen Menschheit symbolisieren sollen. Eine arme Realistat an Stelle der phantastischen Illusionsmöglichkeit. Die lichtverschleierte Phantastik wäre richtiger gewesen. Das Licht ist ja der größte Zauberer und gleichzeitig der heiligste und niederträchtigste Entzauberer, wenn solche Erscheinungen noch sichtbar werden sollten.

Fritz Kortner ist der einzige Schauspieler, den das Filmbuch verlangt. Alles andere Leben wird durch die Dinge gebracht. Der Schauspieler muß sich redlich anäuen und mit seinem Atem haushalten. Eigentümliche Aufgaben, die ein Talent des Charakterisierens verlangen, werden ihm nicht gestellt. Max Hochdorf.

Erstaufführungen der Woche. Sonntag. Theater in der Klosterstraße: „Käseberg“. — Dienstag. Theater in der Klosterstraße: „Käseberg“. — Donnerstag. Komödienhaus: „Der Garten Eden“. — Freitag. Lustspielhaus: „Dich“. — Sonntag. Festungstheater (11/12): „Dach“.

Kranke-Vorträge. Theater. Mont. bis Senn. (5): „Die Genu-tenen“. — Mont. Dienst. Donnerst. Frei. (6): Sennab. Senn. (7): „Die Genuhabt der Zukunft“. — Kom. Dienst. (7). Mitt. (8), Donnerst. Frei. (7), Sennab. Senn. (8): „Die Wunder-Radt in der Welt“. — Mitt. (7): „Sunstrahl“. Die Welt-Veränderung. — Hörst. Kom. Mitt. (6), Donnerst. (9), Frei. (6), Senn. (8): „Das Gesicht des roten Hundes“. — Kom. (8): „Goethe und die Liebe“. Goethe und die Frau. — Dienst. (5), Sennab. Senn. (7): „Die Freie Stadt Danzig sinkt und steigt“. — Dienst. (9): „Getriebelehre“. — Mitt. (6): „Die Grundlagen der Sterkromtechnik“. — Frei. (8): „Lebensstunde“. — Sennab. (8): „Reisen durch Frankreich I“. — Senn. (8): „Bruno G. Wargels Originalgehalt Ue-Buhle und seine Märchen des 20. Jahrhunderts“.

Vollstöße. Am Theater am Börsenplatz findet am 2. Februar bis 30. Aufführung von G. A. Kaffischs Tragikomödie: „Wer meint um Juden auf“ statt.

„Der blaue Vogel“, mit dem Direktor Quibus zurzeit in der Komödie nachstehenden gibt, wird dort am Sonntag, den 31. Januar, 4 Uhr, eine Nachmittagsvorstellung sowie am Mittwoch, den 2. Februar, nachm. 4 Uhr, eine Abendvorstellung, beide zu ermäßigten Preisen veranstalten.

Ueber die Heilmethode Coues spricht im Rundwortschramm-Saal am 2. Februar, 8 Uhr, der Schüler Coues, Psychologe Leon Garbi.

Im Rahmen der „Berliner Abend“ spricht am 6. Februar, abends 8 Uhr, im Memorial des Reichswirtschaftsrats, Bessecker 15, Reichstagspräsident Lohde über „Amerika, das Wunderland der Zukunft“.

## Die Verwaltung des Saargebiets.

Bericht an den Völkerverbund.

Genf, 30. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Der Verwaltungsbericht, den die Regierungskommission des Saargebiets über die letzten drei Monate des vergangenen Jahres dem Völkerverbundsekretariat vorgelegt hat, ist diesmal recht gefändnisreich. So wird darin zugegeben, daß die volle Anwendung des französischen Zollsystems, d. h. der Normalzölle gegenüber Deutschland, wegen des Fehlens eines deutsch-französischen Handelsvertrages eine beunruhigende Lage geschaffen habe. Dazu habe die französische Geldentwertung die Leuerung gesteigert und die Forderungen nach Vohnerhöhung haben zu kostreichen Konflikten geführt. Die Zahl der Arbeitslosen ist von 1331 im Oktober auf 6000 Ende Dezember gestiegen. Die Arbeitslosenentschädigung mußte im November um 30 Proz. und im Dezember um 25 Proz. erhöht werden.

## Sowjetunion-China.

Trotz für friedliche Expansion.

Moskau, 30. Januar. (W.T.B.) Auf dem Kongreß des Textilarbeiterverbandes des Gouvernements Moskau hielt Trotzki eine Rede, in der er seiner Genugtuung über die friedliche Beilegung des Konflikts wegen der Ostchinesischen Eisenbahn ausdrückte. Dank dem vorsichtigen und doch nachdrücklichen Auftreten des Sowjetvertreeters wurde eine ungeheure Gefahr abgewendet. Man mußte doppelt behutsam sein, um dem geknechteten chinesischen Volk, das besonders mißtrauisch jede ausländische Forderung aufnimmt, keinen Anlaß zu geben, auch nur den geringsten Zweifel an der Stetigkeit der im Geiste der Freundschaft geführten Ostpolitik der Sowjetregierung zu hegen. Im Auslande hat man gehofft, daß die Sowjettruppen Chardin besetzen würden.

Die von den imperialistischen Mächten geübte Methode, zuerst Missionare, dann Kaufleute, dann Diplomaten und schließlich bei passender Gelegenheit Truppen zu entsenden, die zwar kommen, aber nicht wieder gehen, ist der Sowjetregierung unbekannt. Die Freude eines solchen Vorgehens wird die Sowjetregierung der bürgerlichen Welt nicht bereiten. Das Auftreten der Sowjetregierung und der Sowjetvertreter in der Diskussion der Ostchinesischen Eisenbahn werde dazu beitragen, daß die zurückgebliebenen Schichten des chinesischen Volkes die noch bestehenden Reste des aus der Zeit des Jarentums stammenden Mißtrauens gegenüber dem russischen Volk überwinden, und daß das chinesische Volk einsehen wird, daß die vom Jarentum zu Eroberungszwecken gebaute Ostchinesische Eisenbahn von der Sowjetunion nach dem Grundsatz vollständiger Gleichheit mit China als ein Werkzeug freier und friedlicher wirtschaftlicher Entwicklung verwaltest wird.

## Tschitscherin antwortet China.

Moskau, 30. Januar. (W.T.B.) Tschitscherin richtete heute ein Telegramm an Karasch zur Überreichung an den chinesischen Außenminister, in dem er den unerwarteten Wunsch der russischen Regierung nach Festigung der freundschaftlichen Beziehungen mit dem großen chinesischen Volke Ausdruck gibt und erklärt: In der Angelegenheit der Ostchinesischen Eisenbahn erstrebt die Sowjetregierung lediglich im Interesse der beiden Länder und in Übereinstimmung mit den bestehenden Abkommen den geregeltsten Verkehr auf dieser Bahn. Die russische Regierung hoffe deshalb, daß die chinesische Regierung alle Maßnahmen treffen werde, um die vorgekommenen peinlichen Zwischenfälle endgültig beizulegen und für künftig jede Möglichkeit ihrer Wiederholung aus der Welt zu schaffen.

## Ungarn-Rumänien.

Ministerpräsidenten- und Thronfolgestand.

Budapest, 30. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Gegen die schweren Angriffe, die der sozialistische Abgeordnete Farkas am Freitag in der Nationalversammlung erhob, verurteilte Ministerpräsident Graf Bethlen sich mit kühnen Entschlossenheiten und Versicherungen zu verteidigen. Der sozialdemokratische Abgeordnete Propper stellte den Antrag, alle Handlungen des Landespolizeichefs Radossy während seiner vierjährigen Amtszeit einer Untersuchung zu unterwerfen. Die Sozialdemokratie werde nicht ruhen, bevor alle Schuldigen bestraft seien. Bezeichnenderweise läßt der Landespolizeichef erklären, daß er vor einem parlamentarischen Untersuchungsausschuß jede Aussage verweigern werde.

Auch französische Polizeibeamte zum Verhör zugelassen

Paris, 30. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Nach einer Havasmeldung aus Budapest, hat der Schritt des französischen Konsulats den Erfolg gehabt, daß nicht nur die Vertreter der Bank von Frankreich, sondern auch französische Polizeibeamte zum Verhör der Frankensächler zugelassen worden sind.

## Der Günstling einer Königin.

Bukarest, 30. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Großes Aufsehen erregen neue Enthüllungen über die angeblichen Gründe, die zum Thronsturz und zur Landesverweisung des Kronprinzen Karol geführt haben. Danach soll es eine Woche, ehe Karol Rumänien verließ, im königlichen Schloß zu einem täglichen Auftritt zwischen dem Kronprinzen und dem Günstling der Königin, dem Fürsten Babu Stirbey, gekommen sein. Die Königin soll voll und ganz unter dem Einfluß des Fürsten stehen, der als Hintermann Bratianus gilt, und deshalb beim Kronprinzen besonders verhasst war.

## Aus der Partei.

Agitationsmaterial für den Volksentscheid.

Der Parteivorstand gibt an die Parteiorganisationen und Funktionäre der Partei in den nächsten Tagen verschiedenes Agitationsmaterial zur Information, zur Verteilung an die Wähler und Wählerinnen und als Richtlinien für Vorträge über den Volksentscheid heraus.

Eine Sondernummer des sonst nur monatlich erscheinenden „Mitteilungsblattes des Parteivorstandes“ kommt in doppelter Auflage am Montag von Berlin aus zum Versand. Es enthält Informationen für Referenten und Funktionäre über die Durchführung des Volksentscheides, Anweisungen für die Organisationen über das Eintragungsverfahren für den Volksentscheid, eine kurze chronologische Darstellung der Vorbereitungen des Parteivorstandes und der zwischen beiden Parteien getroffenen Abmachungen.

Eine Broschüre in Massenauslage zur Verteilung an die Wähler ist in Vorbereitung.

## Zum Schutz unehelicher Kinder.

Die Schöneberger Arbeitsgemeinschaft der öffentlichen und der freien Wohlfahrtspflege veranstaltete einen Vortragsabend, um sich über die rechtliche Lage des unehelichen Kindes nach dem neuen Gesetzentwurf zu unterrichten. In dem Hauptvortrag warf die Rechtsanwältin Fräulein Dr. Behrend die Frage auf, wie weit Absicht und Zweck, für das uneheliche Kind eine Besserstellung zu erreichen, durch den Gesetzentwurf erfüllt scheinen. Zu den wichtigsten Bestimmungen gehören diejenigen über die Unterhaltspflicht. Wesentlich ist unter anderem die Neuerung, daß für die Entscheidung über die Unterhaltspflicht des in Anspruch genommenen Erzeugers der Einwand eines Verkehrs der Kindesmutter mit mehreren nicht mehr gelten soll. Die Feststellung soll künftig nicht mehr dem ordentlichen Gericht, sondern dem Vormundschaftsgericht übertragen werden. Die Anerkennung der Vaterschaft oder die Feststellung durch das Vormundschaftsgericht gelten auch gegenüber dem Erben des Erzeugers und nötigenfalls ebenso gegenüber seinen Eltern, die ja auch den Unterhalt ihres noch nicht wirtschaftlich selbständigen Sohnes zu beschaffen haben. Die Sorge für das uneheliche Kind bleibt Sache der Mutter, aber das Vormundschaftsgericht kann das Recht, sich um die Person des Kindes zu kümmern, auch dem Vater geben, wenn das aus besonderen Gründen zum Wohl des Kindes geboten erscheint. Die Unterhaltspflicht dauert, wie bisher, bis zum 16. Lebensjahr, sie soll aber auch darüber hinaus verlängert werden können, wenn das Kind noch in der Berufsvorbereitung steht und ohne eigenes Verschulden sie noch nicht beendet hat. Bedingung ist aber, daß der Vater sich mit der Berufswahl einverstanden erklärt hat. Außer dem Unterhaltsanspruch gegenüber dem Erben ist dem unehelichen Kind kein Erbrecht am Nachlaß des Vaters zuerbilligt. Wenn die Vaterschaft weder vom Erzeuger anerkannt ist, noch vom Vormundschaftsgericht festgestellt werden kann, hat den Unterhalt der zu gewähren, dem nachgewiesen wird, daß er zur Kindesmutter in der Empfängniszeit im Geschlechtsverkehr gestanden hat. Haben das mehrere getan und will keiner die Vaterschaft anerkennen, so sind alle Beteiligten unterhaltspflichtig und halten als Gesamtschuldner. Stadtmann Müller vom Jugendamt Berlin führte aus, daß die Beseitigung des Einwandes eines Mehrerechts keine große Unerechtigkeit sei. Lediglich sei dieser Einwand nicht so häufig, wie man wohl annimmt. Eine Auszählung habe ergeben, daß er nur in 3 Proz. der verlorenen Unterhaltssagen vorkam. Die Rechtsanwältin Fräulein Dr. Runk hob hervor, daß die Abschaffung des Mehrerechts ein außerordentliches Fortschritt für die Besserstellung des unehelichen Kindes und ein beachtenswerter Vorzug des Gesetzentwurfes sei. Sie forderte, daß bei Zahlungsverweigerung das Jugendamt das Eintreibungsrecht erhält. Vom Jugendamt ist übrigens in dem ganzen Gesetzentwurf nicht die Rede. In der Aussprache betonte auch Dr. jur. Anna Mayer, Referentin im Reichsausschuss für die Arbeitsgemeinschaft, daß die Stellungnahme der Arbeitsgemeinschaft wurde nicht in einer Entschließung festgelegt.

## „Grüße aus der Heimat.“

Ein raffinierter Schwindler.

Einen Rekord in Schwindereien hat ein angeblüher Student aufgestellt. Ein blonder, hübscher junger Mann von etwa 23 bis 25 Jahren, der gut gekleidet ist, gewandt auftritt und sich durch ein lebenswürdiges Wesen leicht Vertrauen verschafft, sucht in ganz Groß-Berlin Zimmervermietern auf, bei denen Studenten wohnen.

Diesen Wirtinnen, bei denen er stets erscheint, wenn ihre Mieter im Kolleg sind, erzählt er, daß er ein Vordomant des Studenten sei und gerade aus der Heimat komme. Die Eltern seines Freundes hätten ihm für diesen ein Paket mitgegeben, das er vorläufig mit nach Hause genommen habe. Bald soll es Lebensmittel aller Art, bald auch Wäsche und dergleichen enthalten. Er habe es nicht gleich mitbringen können, weil er zunächst seiner Schwester einige Sachen zustellen habe. Diese sollen sich in einem Handkoffer befinden, den der junge Mann stets bei sich führt. Unter irgendeinem Vorwand verläßt er den Besucher jedesmal, die Wirtin wiederholt zu veranlassen, auf kurze Zeit das Zimmer zu verlassen. Bald braucht er einen Bogen Postpapier, um das Paket für den Freund neu einzupacken, bald ein Gefäß, um die Butter oder die Marmelade aus dem großen Paket teilen zu können. Sobald die Frau hinausgegangen ist, um das Erbetene zu holen, schießt der Besucher, was er erreichen kann, Verträge, sogar geringwertige Gebrauchsgüter, wie Kugelschreiber, Kledungsstücke usw. Das gefaltene Gut postet er heimlich in seinen Handkoffer, den er zu diesem Zwecke mitgebracht hat. Juguterlegt bittet er die Wirtin noch um einen Zettel, damit er seinem Freunde auch einen schriftlichen Gruß hinterlassen könne. Dann bestellt er nochmals mündliche Grüße, empfiehlt sich sehr artig und verabschiedet mit der Beste. Die Wirtinnen können, wenn ihr Mieter heim kommt, den Besuch und sein ganzes Wesen nicht genug rühmen, bis der Diebstahl entdeckt wird. Befahren können sie ihn nie, weil er ihnen mit seiner fleißigen Unterhaltung gar keine Zeit läßt, sich ihn genauer anzusehen. Bei der Kriminalpolizei sind bereits über 200 Anzeigen gegen den Schwindler eingelaufen. Das Bild seiner Verbrechen ist immer das gleiche. Mitteilungen an Kriminalkommissar Engel im Zimmer 202 des Polizeipräsidiums.

## Der Sammelbohloft.

Bekanntlich haben die Hammelgroßschlächter Berlins den Einkauf von Hammeln und Schafen eingestellt, weil die Viehhändler die Forderung der Hammelgroßschlächter, ihnen bei trächtigen Schafen eine Rückvergütung für die Trächtigkeit zu gewähren, abgelehnt haben. Es stehen auf dem Berliner Zentralviehhof circa 2500 Tiere un verkauft. Das bedeutet für die Viehhändler einen empfindlichen Geldverlust. Zur Beratung der so für sie entstandenen Lage hatte der Bund der Viehhändler eine Versammlung nach dem Lehrervereinshaus einberufen. Bundesdirektor Scholz, der das Referat hielt, kam zu dem Ergebnis, daß den Forderungen der Schlächter auf Rückvergütung der Trächtigkeit auf keinen Fall entsprochen werden könne. Einmal können sich die Viehhändler nicht an ihre Verkäufer halten. Der Identitätsnachweis und die Kontrollmöglichkeit seien undurchführbar. Es würden unendliche Differenzen entstehen. Außerdem können Tiere, die hochträchtig wären, sofort erkannt werden. Wenn sie gekauft würden, wäre der Preis entsprechend. Außerdem würden Vergütungen von Fall zu Fall vorgenommen. Dann können trachtige Tiere nur in der Zeit von Dezember bis Mitte März auf den Markt. In der Diskussion wurde zugegeben, daß der Gesamtmarkt Landwirtsch. und Viehh. dazu verpflichtet hätte, manche Sünde zu begehen. Oekonomierat Kaiser von der Hauptlandwirtschaftskammer sagte den Viehhändlern volle Unterstützung der Landwirtschaft zu. Es handle sich hierbei um einen Vorstoß, der bezwecke, die Gewährungsmöglichkeit der Viehhändler einzufrieren, zu erhöhen. Es war interessant, daß er feststellte, daß die Viehpreise zum Teil unter den Friedenspreisen, die Fleischpreise darüber liegen. Uns will es scheinen, als ob der Widerstand gegen die Rückgewähr der Trächtigkeit durch die Furcht, es könnten weitere Gewährungsmängel festgestellt werden, bestimmt ist. Diese Erweiterung wäre, weil sie einen Zwang, qualitativ einwandfreies Vieh auf den Markt zu bringen, förderte, zu unterstützen. Wenn es richtig ist, daß die Zahl der auf den Markt kommenden trächtigen Tiere gering ist, ist der Widerstand der Händler gegen die Schlächterforderungen schwer verständlich. Wenn die Händler eine Garantie für die Nichtträchtigkeit übernehmen, so werden sie im Einkauf vorsichtiger sein. Der Risiko wird durch diesen vorsichtigen Einkauf herabgemindert. Die Verbraucher oder haben ein Interesse daran, möglichst billig mit Fleisch

besetzt zu werden. Die Fleischer würden selbstverständlich ihre Verluste auf den Käufer abwälzen, ganz abgesehen davon, daß das Fleisch trachtiger Tiere nicht vollwertig ist.

## Zur Finanzierung der AEG-Schnellbahn.

Der Magistrat hat der Stadterordnetenversammlung eine Verlagsage zugehen lassen, nach der 1.575.000 M. als Beitrag für den Bau der AEG-Schnellbahn bereitgestellt werden. Diese 1 1/2 Millionen M. werden dadurch flüssig, daß der Anteil der Stadt Berlin an der Reichsgezeidestelle vorzeitig, d. h. vor Beendigung der Liquidation, an die Stadt zurückgezahlt wird. Wenn die genannte Summe auch einen verhältnismäßig geringen Beitrag zu den gesamten Kosten der Schnellbahn darstellt, so ist immerhin die Möglichkeit gegeben, mit diesen 1 1/2 Millionen die Anfangsarbeiten an der Bahn zu finanzieren.

Neuer Aufsichtsrat für das Freibad Rüggelee. Für die Verwaltung und den Betrieb des Freibades am Rüggelee besteht ein Aufsichtsrat, der sich nach den Bestimmungen zusammensetzt, die bei der Gründung des Freibades von dem damaligen Zweckerband Groß-Berlin aufgestellt wurden. Nachdem nunmehr das Freibad in städtischen Besitz übergegangen ist, soll auch der Aufsichtsrat neu gebildet werden. Der Magistrat schlägt deshalb der Stadterordnetenversammlung vor, den neuen Aufsichtsrat aus zwei Magistratsmitgliedern, einem Mitglied des Bezirksamts Köpenick, fünf Stadterordneten und einem Sachverständigen zu bilden.

Photiausstellung der Naturfreunde. Anlässlich der Konferenz des Touristenvereins „Die Naturfreunde“, Gau Brandenburg, findet am Sonnabend, ab 6 Uhr bis Sonntagabend 6 Uhr, im Ledigenheim, N. 20, Schönheitsstraße 1, eine Ausstellung von Photographien der Photogemeinschaft der Berliner Ortsgruppe statt. Interessierten können sich dort über den Stand der Amateurphotographie in Arbeiterkreisen unterrichten. Eintritt frei.

Auch eine „Kaisergeburtstagsfeier“. Der 11. Kreis (Schöneberg-Friedenau) veranstaltete am Donnerstagabend in der Schloßbrauerei Schöneberg, in der Hauptstraße, einen politischen Abend, der hauptsächlich der Ehrung des hungernden Doorners Geburtstagskindes galt. Und die Gefühle seiner „Landeskinder“ waren wahrlich nicht von Poppe. Ein starkes Orchester intonierte patriotische Schlachtgesänge, Erich Weinert mimte unter stürmischem Gelächter den gekronten Millionenjäger und führte das Publikum sozujagen herrlichen Zeiten entgegen. Patriotische Reden wurden unter allgemeinem Hallo vorgetragen. Den Schluß bildete eine Revue „Teufel Reaktion“.

Verleihung der Freunde von Religion und Völkerverein. Genosse Werner Fleier sprach am Sonntag, den 31. Januar 1926, abends 8 Uhr, im Rahmen einer religiösen Versammlung (ohne kirchliche Formen) in der Teufelsbacher Oberlindenstraße, Karl-Rugard-Platz (nahe Stadtbahnhof Charlottenburg), über das Thema: „Die Herrlichkeit des Priesters“. Wirkliche Umrahmung. Eintritt frei.

## Schlagwetterexplosion in Westfalen.

Drei Bergleute lebendgefährlich, andere leichter verletzt

Geleitkriegen, 30. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Heute vormittag um 9 Uhr ereignete sich auf Zeche Bismarck Schacht 2, 4 und 9 auf der Oberfohle eine Schlagwetterexplosion, bei der 6 Bergleute leicht und 3 schwer verletzt wurden. Die Explosion blieb infolge der gut funktionierenden Sicherheitsvorrichtungen auf ihren Herd beschränkt. Die Baue sind nicht zerstört und befahrbar. Weitere Gefahr besteht nicht mehr. Die Ursache des Unglücks ist noch nicht einwandfrei festgestellt. Vertreter des Bergamts sind gegen 11 Uhr zur Untersuchung in die Grube eingefahren. Die Rettungsmannschaften konnten sofort einrücken und nach halbstündiger Rettungsarbeit die Opfer bergen, die Verbrennungen erstlich hatten. Bei den drei Schwerverletzten besteht Lebensgefahr.

## Schwere Bergwerkskatastrophe in Amerika.

65 Bergarbeiter verschüttet.

New York, 30. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Aus Birmingham im Staate Alabama wird gemeldet, daß durch eine Explosion in dem Kohlenbergbau Helena 65 Bergleute verjchüttet worden sind. 10 Leichen konnten bereits geborgen werden.

Die im Ozean eingeschlossenen Schiffe in Gefahr. Infolge des im nördlichen Meerbusen herrschenden Sturmes, der die Eismassen in Bewegung gesetzt hat, befinden sich die noch im Eise verbliebenen Schiffe in erhöhter Gefahr. Besonders gefährdet ist der deutsche Dampfer „Ludwig“. Heute ist von Royal aus ein Unterflugszeug abgefliegen worden, um die Schiffe aufzufinden und sie mit Lebensmitteln zu versorgen. Von dem deutschen Dampfer „Rhein“ fehlt jede Nachricht.

## Sport.

Für den morgigen Boxkampf am Samstagvormittag in der „Scala“ sind die Kämpfer heute (Sonntag) bis 11 Uhr abends und morgen (Montag) ab 9 Uhr früh ununterbrochen geübt. Es kämpfen: Osim-Gerje (um die Weltmeisterschaft), Klaus-Antonowitsch, Schell-Joung Spear (England) und Harry Stein - Kurt Huh.

## Theater der Woche.

Vom 31. Januar bis 8. Februar 1926.

Kollaborat. II. 1. 4. 7. Der besetzte Don Quixote. 2. Der weint um Todendorf. 3. 2. 6. 8. Der Kaufmann von Venedig. 4. Der weint um Todendorf. 5. Der weint um Todendorf. 6. Der weint um Todendorf. 7. Der weint um Todendorf. 8. Der weint um Todendorf. 9. Der weint um Todendorf. 10. Der weint um Todendorf. 11. Der weint um Todendorf. 12. Der weint um Todendorf. 13. Der weint um Todendorf. 14. Der weint um Todendorf. 15. Der weint um Todendorf. 16. Der weint um Todendorf. 17. Der weint um Todendorf. 18. Der weint um Todendorf. 19. Der weint um Todendorf. 20. Der weint um Todendorf. 21. Der weint um Todendorf. 22. Der weint um Todendorf. 23. Der weint um Todendorf. 24. Der weint um Todendorf. 25. Der weint um Todendorf. 26. Der weint um Todendorf. 27. Der weint um Todendorf. 28. Der weint um Todendorf. 29. Der weint um Todendorf. 30. Der weint um Todendorf. 31. Der weint um Todendorf. 32. Der weint um Todendorf. 33. Der weint um Todendorf. 34. Der weint um Todendorf. 35. Der weint um Todendorf. 36. Der weint um Todendorf. 37. Der weint um Todendorf. 38. Der weint um Todendorf. 39. Der weint um Todendorf. 40. Der weint um Todendorf. 41. Der weint um Todendorf. 42. Der weint um Todendorf. 43. Der weint um Todendorf. 44. Der weint um Todendorf. 45. Der weint um Todendorf. 46. Der weint um Todendorf. 47. Der weint um Todendorf. 48. Der weint um Todendorf. 49. Der weint um Todendorf. 50. Der weint um Todendorf. 51. Der weint um Todendorf. 52. Der weint um Todendorf. 53. Der weint um Todendorf. 54. Der weint um Todendorf. 55. Der weint um Todendorf. 56. Der weint um Todendorf. 57. Der weint um Todendorf. 58. Der weint um Todendorf. 59. Der weint um Todendorf. 60. Der weint um Todendorf. 61. Der weint um Todendorf. 62. Der weint um Todendorf. 63. Der weint um Todendorf. 64. Der weint um Todendorf. 65. Der weint um Todendorf. 66. Der weint um Todendorf. 67. Der weint um Todendorf. 68. Der weint um Todendorf. 69. Der weint um Todendorf. 70. Der weint um Todendorf. 71. Der weint um Todendorf. 72. Der weint um Todendorf. 73. Der weint um Todendorf. 74. Der weint um Todendorf. 75. Der weint um Todendorf. 76. Der weint um Todendorf. 77. Der weint um Todendorf. 78. Der weint um Todendorf. 79. Der weint um Todendorf. 80. Der weint um Todendorf. 81. Der weint um Todendorf. 82. Der weint um Todendorf. 83. Der weint um Todendorf. 84. Der weint um Todendorf. 85. Der weint um Todendorf. 86. Der weint um Todendorf. 87. Der weint um Todendorf. 88. Der weint um Todendorf. 89. Der weint um Todendorf. 90. Der weint um Todendorf. 91. Der weint um Todendorf. 92. Der weint um Todendorf. 93. Der weint um Todendorf. 94. Der weint um Todendorf. 95. Der weint um Todendorf. 96. Der weint um Todendorf. 97. Der weint um Todendorf. 98. Der weint um Todendorf. 99. Der weint um Todendorf. 100. Der weint um Todendorf.

Rechtshilfsvereinigungen. Kollaborat. II. Subst. 7. Heide. 8. Heide. 9. Heide. 10. Heide. 11. Heide. 12. Heide. 13. Heide. 14. Heide. 15. Heide. 16. Heide. 17. Heide. 18. Heide. 19. Heide. 20. Heide. 21. Heide. 22. Heide. 23. Heide. 24. Heide. 25. Heide. 26. Heide. 27. Heide. 28. Heide. 29. Heide. 30. Heide. 31. Heide. 32. Heide. 33. Heide. 34. Heide. 35. Heide. 36. Heide. 37. Heide. 38. Heide. 39. Heide. 40. Heide. 41. Heide. 42. Heide. 43. Heide. 44. Heide. 45. Heide. 46. Heide. 47. Heide. 48. Heide. 49. Heide. 50. Heide. 51. Heide. 52. Heide. 53. Heide. 54. Heide. 55. Heide. 56. Heide. 57. Heide. 58. Heide. 59. Heide. 60. Heide. 61. Heide. 62. Heide. 63. Heide. 64. Heide. 65. Heide. 66. Heide. 67. Heide. 68. Heide. 69. Heide. 70. Heide. 71. Heide. 72. Heide. 73. Heide. 74. Heide. 75. Heide. 76. Heide. 77. Heide. 78. Heide. 79. Heide. 80. Heide. 81. Heide. 82. Heide. 83. Heide. 84. Heide. 85. Heide. 86. Heide. 87. Heide. 88. Heide. 89. Heide. 90. Heide. 91. Heide. 92. Heide. 93. Heide. 94. Heide. 95. Heide. 96. Heide. 97. Heide. 98. Heide. 99. Heide. 100. Heide.

# Gewerkschaftsbewegung

Für die Ruhrindustriellen 700 Millionen.

Für Tabakarbeiter Erwerbslosen-„Fürsorge“.

In einem Rundschreiben des preussischen Ministers für Volkswirtschaft werden neuere Bestimmungen des Reichsfinanzministers und des Reichsarbeitsministers über die Sonderunterstützung der Tabakarbeiter bekanntgegeben, aus denen der Amtliche Preussische Pressedienst folgendes mitteilt:

Bei der Entscheidung, ob eine Unterstützung für erwerbslose und kurzarbeitende Tabakarbeiter gewährt werden darf, sind die allgemeinen Voraussetzungen für die Gewährung der Erwerbslosen- und der öffentlichen Fürsorge, soweit sie nicht ausdrücklich aufgehoben sind, zu beachten. Insbesondere bleibt auch die Prüfung der Bedürftigkeit unberührt, sie ist jedoch entsprechend dem Willen des Gesetzgebers und der besonderen Notlage der Tabakarbeiter nicht engherzig vorzunehmen; Kleinbessig, der sich bei Tabakarbeitern vielfach findet, darf nicht für die Beurteilung der Bedürftigkeit in Betracht gezogen werden. Zur Berechnung der Unterstützungssätze für Kurzarbeiter sind die Lohnausfälle im Laufe einer Woche zusammenzuzählen und durch 6 zu teilen. Dem Kurzarbeiter darf nur für jedes volle Sechstel, um das sein Wochenarbeitsverdienst gemindert ist, der Tagesunterstützungssatz einschließlich der Familienzuschläge, den er als Erwerbsloser beziehen würde, gewährt werden. In diesem Sonderfall wird man unter den Begriff der Gelegenheitsarbeit alle Arbeiten bis zur Dauer von 4 Wochen zu rechnen haben.

## Der Tariffskandal im Bankgewerbe.

Wo bleibt der Achtstundentag?

Das Trauerspiel des Tarifkonflikts im Bankgewerbe steht jetzt auf seinem Höhepunkt. Der Konflikt tritt in ein akutes Stadium. Im Freitag wurde im Reichsarbeitsministerium den Vertretern des Allgemeinen Verbandes der deutschen Bankangestellten eröffnet, daß der Reichsarbeitsminister folgende ungläubliche Maßnahme plant: Der Gehaltschiedspruch, den er mit einer lediglich 4 Proz. betragenden Erhöhung der Gehälter im Bankgewerbe sechs volle Monate unverändert lassen will, soll als verbindlich erklärt werden. Dagegen soll die Arbeitszeitregelung, die eine Bezahlung der Überarbeit von der 50. Arbeitsstunde ab vorsieht, eine Ausdehnung der Überarbeit bis zur 54. Arbeitsstunde in der Woche erlaubt und lediglich letzteres als Ausnahmezustand charakterisiert, der nicht zur Regel werden darf, nicht für verbindlich erklärt werden. Der Reichsarbeitsminister will im übrigen „im öffentlichen Interesse“ (!) ein neues Schiedsverfahren über die Arbeitsverhältnisse herbeiführen, das unter dem Vorbehalt eines Referenten des Arbeitsministeriums geplant ist. Als Vorsitzender und „Unparteiischer“ für ein solches neues Schiedsverfahren, das sich naturgemäß nur um die Arbeitszeit im Bankgewerbe drehen würde, ist derjenige Deputierte in Aussicht genommen, der bisher vergeblich versuchte, die Arbeitnehmerorganisationen einem Vergleichsvorschlag geneigt zu machen, der den durch den Schiedspruch errungenen Fortschritt wieder vollkommen illusorisch machen würde.

Welche Aussichten dieses vom Reichsarbeitsminister geplante neue Schiedsverfahren hat, geht mit genügender Deutlichkeit aus einer streng vertraulichen Information des Reichsarbeitsverbandes der Bankleitungen hervor, in der dieser seine Mitglieder über die bisherigen Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium informiert. Ein Exemplar dieser Information befindet sich im Besitz des Allgemeinen Verbandes der deutschen Bankangestellten. Sie sagt an der entscheidenden Stelle wörtlich:

„In getrennten Verhandlungen bemühte sich der Vertreter des Reichsarbeitsministeriums, eine freiwillige Verständigung zwischen

den Parteien zu erzielen, und er blieb insbesondere bemüht, eine den praktischen Bedürfnissen unserer Mitglieber besser gerecht werdende Arbeitszeitregelung zu schaffen. Diese Bemühungen scheiterten jedoch an der Haltung der Angestelltenverbände. Ob vom Reichsarbeitsministerium aus noch weitere Schritte in dieser Angelegenheit unternommen werden, oder ob nunmehr die Entscheidung über den Antrag auf Verbindlichkeitsklärung gefällt werden wird, vermögen wir gegenwärtig nicht zu übersehen. Jedenfalls glauben wir nach dem Gang der Verhandlungen annehmen zu dürfen, daß die von unseren Herren Unterhändlern gemachten Darlegungen über die Auswirkung der im Schiedspruch vorgezeichneten neuen Arbeitszeitregelung auf den Vertreter des Reichsarbeitsministeriums nicht ohne Eindruck geblieben sind.“

Dieser beeindruckte Vertreter des Reichsarbeitsministeriums ist der vom Reichsarbeitsminister in Aussicht genommene „Unparteiische“ für das neue Schlichtungsverfahren im Bankgewerbe! Wenn das Schiedsverfahren an sich in Deutschland noch einer neuen Kompromittierung und Diskreditierung bedürfte, dann könnte das der hier im Bankgewerbe heraufziehende neue Skandal bewirken. Die Öffentlichkeit, in deren Interesse angeblich die dargelegten Maßnahmen geplant sind, wird sich ebenso wie die Bankangestellten mit dem Skandal beschäftigen müssen.

## Die Entlassungen bei der AEG.

Am Donnerstag tagte in der Schulaula Grünhofer Str. 5 eine gut besuchte Versammlung der AEG-, Kolonie- und Dronheimer Straße. Der Betriebsrat gab einen Bericht über die letzten Vorkommnisse in den Werken und ging dann ausführlich auf die von der Direktion beantragte Entlassung von 500 Arbeitern und Arbeiterinnen ein. In der darauf folgenden Aussprache wurde auf den Ernst der Lage hingewiesen und die ungenügende Hilfe für die Erwerbslosen und Kurzarbeiter gerügt. Das Ergebnis der Aussprache war folgende einstimmig angenommene Resolution:

„Die am 21. Januar 1926 tagende Versammlung der AEG, Kolonie- und Dronheimer Straße verlangt von der sozialdemokratisch-kommunistischen Rathausmehrheit schnellstens Maßnahmen zur ausreichenden Unterstützung der Erwerbslosen und Kurzarbeiter, sowie Inangriffnahme einer großen Anzahl fertiger Projekte zur Steuerung der Arbeitslosigkeit zu unternehmen. Die Versammlung lobt, sich wieder reiflos in den freien Gewerkschaften zu organisieren. Weiter verlangt die Versammlung die völlige Entzweiung der Parteien und stellt sich geschlossen hinter die Durchführung eines Volkenschieds, der zur einheitlichen Durchführung unbedingt durch den AEG eingeleitet und durchgeführt werden muß.“

## Beschlüsse des Internationalen Arbeitsamtes.

Genf, 30. Januar. Eigener Drahtbericht.) Der Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes beschloß am Freitag bei der weiteren Aussprache über die von der Arbeitskonferenz des Jahres 1927 zu behandelnden Gesetze, daß die Frage der Mindestlöhne, wenn auch hauptsächlich, so doch nicht ausschließlich auf die Arbeiter der Heimindustrien sich beschränken solle und daß in der Krankenversicherung auch die landesfremden Arbeiter berücksichtigt werden; außerdem soll über das Koalitionsrecht eine möglichst allseitige Aussprache stattfinden.

Zur Revision der Geschäftsordnung wurde mit 18 gegen 6 Stimmen beschlossen, daß künftig bei der Beratung von Vorlagen in zweiter Lesung auf der einen Tagung die allgemeine Debatte und auf der darauffolgenden die Einzelberatung vorgenommen werden soll. Eingaben der Internationalen Vereinigung der geistigen Arbeiter wurden in dem Sinne erledigt, daß die Landesverbände der Vereinigung selber bei ihren Regierungen dahingehend vorstellig werden sollen, daß diese bei der Zusammenlegung der Delegationen für die Arbeitskonferenz auch Vertreter der geistigen Arbeiter hinzuziehen.

## Kampfwütige Unternehmer.

Solingen, 30. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Der Arbeitgeberverband des Kreises Solingen hat die Arbeiter des Scherengewerbes, etwa 3000, ausgesperrt, weil vor einiger Zeit mehrere Teilausschüsse in verschiedenen Betrieben vorgekommen waren.

## Zum Kampf in der belgischen Schwerindustrie.

Brüssel, 30. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Der Konflikt in der Hennegauer Schwerindustrie hat eine weitere Verschärfung erfahren. Während die Gewerkschaften und die Streikleitung beschlossen hatten, die neuen Vermittlungsvorschläge des Ministerpräsidenten einer Urabstimmung der Arbeiter zu unterbreiten, lehnten die Unternehmer sie von vornherein ab. Trotzdem findet die Urabstimmung am Sonnabend statt und wird vermutlich bejahend ausfallen. Falls die Unternehmer trotzdem unerbittlich bleiben, werden die Arbeiterorganisationen alle gesetzlichen Mittel anwenden, um die Wiederaufnahme der Produktion zu verhindern.

## Lohnbewegung der amerikanischen Eisenbahner.

Washington, 30. Januar. (CP.) Die vier Eisenbahngewerkschaften haben für die ihnen angeschlossenen 460 000 Eisenbahner Lohn erhöhungen gefordert, durch die für die Eisenbahngesellschaften Mehrausgaben von jährlich 500 Millionen Dollar entfallen würden. Die Gesellschaften erklärten jede Lohnhöhung im gegenwärtigen Augenblick für unmöglich, da sie zum Bankrott kleiner, aber wichtiger Eisenbahngesellschaften führen müßten.

## Bekanntmachung.

Auf Grund des Wahlschreibens vom 23. 12. 1925, betreffend die Wahlen der Reichs- und Landesparlamente zum Ausloos, ist sowohl von den Reichs- als auch von den Landesparlamenten nur je eine Liste eingereicht worden. Beide Listen (Reichsliste beginnt mit Carl Deibel, Landesliste mit Carl Deibel) entsprechen ihrem gesamten Inhalte nach den Vorschriften der Wahlordnung. Die in den Wahlschreibens ausser Acht gelassenen gemäß § 10 der Wahlordnung als gewählt. Die am 6. bzw. 8. Februar 1926 anzugetragene Stimabgabe findet daher nicht statt.

## Berliner - Elektriker - Genossenschaft

Berlin N24, Elsassstr. 86-88 | Filiale Westen, Wilmersdorf  
Fernsprecher: Norden 6525 u. 6526 | Landhausstraße 4. Tel.: Platzhöhe 933  
Elektrische Anlagen jeder Art u. jeden Umfangs  
zu kulantem Zahlungsbedingungen.  
Beleuchtungskörper und Osram-Lampen zu Fabrikpreisen.

**Asthma**  
höhere Hilfe durch  
Reichs- und  
Asthma-Tropfen,  
berühmt durch ihre  
Wirkung. 250. Zu  
bestellen und  
bestellen erbitte. Ich  
erbitte nur mit Firma  
Orth Reichel, Post 43  
SO, Eisenbahnstr. 4

**Rundfunk!**  
Vergessen Sie nicht  
Sonntagabend 6.15 für das außer-  
gewöhnliche **Inventar-Andeot**  
des allbekanntesten Teppichhauses  
**Emil Lefèvre, Oranienstraße 158,**  
Berlin, Notzblock bereitzuhalten!

# Grünbergs Aussteuer-Tage

Unser Prinzip ist: Gute, gediegene Waren, billigste Preise! Beginn Sonnabend, den 30. Januar

- Große Posten**
- Wäschestoffe**  
zu besonders billigen Preisen
- Hemdentuch starkfädig 58 Pz.
  - Renforcé gute feinfädige Ware 52 Pz.
  - Renforcé prima Qual. für elegante Leinw. 85 Pz.
  - Mako-Baist 80 cm breit elegante gute Qualität 95 Pz.
  - Linon kräftige Qualität für Bettbezüge 130 cm 1.45, 120 cm 1.25
  - Bettsatin gestreift oder gemust. für elegant. Bettwäsche 130 cm 1.35, 120 cm 1.15
  - Hausstuch für Laken gute Qualität 140 u. 160 cm breit 1.75
  - Lakendowlas starkfädig, 150 u. 160 cm breit 1.95
  - Nessel starkfädig ungebleicht 58 Pz.
  - Beil-Inlett federleicht, glattrot und gestreift 130 cm 2.95, 85 cm 1.85, Unterbettend 115 cm 3.25

- Hauswäsche**
- Küchen-Handtücher Gerstenkorn od. Dreil. m. Kante, gesäumt und gebündelt 78, 65
  - Handtücher Gerstenkorn od. Dreil. Halblein. m. Kante, gesäumt u. gebündelt 85 Pz.
  - Stuben-Handtücher Jacquard Qual. gesäumt u. gebündelt 95 Pz.
  - Stuben-Handtücher Damast Halblein. gesäumt u. gebündelt 1.25
  - Rolltücher gute Qualitäten, gest. mit Kante und gestreift 1.45
  - Wischtücher blau und rot kariert, gute Qualitäten 25 Pz.
- Bettwäsche**
- Bett-Garnituren Doppelbett 2 Kissen, Linen oder Renforcé 9.50
  - Bett-Garnituren Doppelbett u. 2 Kissen, gestr. Dimitt 16.50
  - Bett-Laken volle Länge und Breite, Hausstuch oder Dowlas 3.50
- Tischwäsche**
- Tischtücher, Jacquard gehäkelte 190/200 7.90, 150/160 5.90, 120/115 3.95
  - Tischtücher, Jacquard H.-L. Leinen 130/225 10.75, 130/160 7.50, 150/150 5.90

- Damen - Wäsche**
- Taghemden aus gutem Stoff, Trägerform 1.45
  - Taghemden pa. Renforcé, Trägerform, mit elegantem Stickereibes. 2.75, 2.25
  - Beinkleider aus gutem Renforcé m. Sticker 2.25, 1.75
  - Beinkleider aus feinfäd. Renforcé, geschlossene Form, m. Sticker 2.45, 2.20
  - Nachthemden Renforcé, m. Hohlraum und eleg. Sticker 3.45, 3.30
  - Garnituren Taghemd u. Beinkleid mit schönen Stickereien 3.45, 3.30
  - Prinzebröcke aus gutem Wäschestoff, m. Stickergarnier 4.50, 3.95
  - Untertailen aus gut. Wäsche od. Hohl. 1.10, 95, mit Krage oder gestrichelt 4.50
  - Herr-Nachthemden form. mit farbigen Besatz 3.40, 4.90
- Schürzen**
- Schürzen, Junger-Form, wasche-kl. geblümt 1.45, 95 Pz.
  - Schürzen, Junger-Form, wasche-kl. geblümt 1.65, 1.50
  - Schürzen, Junger-Form, wasche-kl. geblümt 1.95
  - Hauschürzen Kinder-Schürzen aus gutem Stoff in allen Größen 1.45

- Kleiderstoffe**
- Schotten haltbare Qualitäten, moderne archte Muster 95 Pz.
  - Stretten und Karos reine Wolle, moderne Muster 2.75
  - Popeline reine Wolle, doppeltbreit, große Farbenswahl 2.45
  - Rips reine Wolle, 130 cm breit, in vielen modernen Farben 6.75
- Trikotagen**
- Normal-Hosen und Hemden für Herren wollgemischt 1.95
  - Mako-Hosen für Herren, gute Qualitäten 1.95
  - Farbige Garnituren für Jacke u. Hose, viele Farben, 4.50
  - Untertailen weiß gestrikt mit Arm 1.45, ohne Arm 95 Pz.
- Herrenartikel**
- Oberhemden aus gut. gestr. Perka, Faltenkern, Klappmanschet, m. 2 Krage 5.90
  - Oberhemden weiß, guter Kumpstoff, Pikee-Besatz, mit festem oder Klappmanschet 5.90
  - Weiße Krage aus gutem Rippeke 90 Pz.
- Korsetts**
- Satin-Korsett reich garniert, mit Strumpfhalter 3.45
  - Haltenhalter aus gutem Strumpfhalter u. Gummiabsatz 2.95

- Gardinen**
- Kunstlergardinen Etamin u. Einseite, Stellig 4.50
  - Kunstlergardinen gewebt, Tüll 2.95
  - Madras - Garnituren hell mit buntem Bord, Stellig 5.75
  - Halbstores Etamin, m. schön. Kunstleinen 2.45, 1.95
  - Bettdecken gewebter Tüll, mod. Must. einbettig 6.50, 4.75
  - Bettdecken Etamin mit eleg. Einsätze, einbettig 8.75, 4.90
  - Etamin 100 cm breit, gestr. mod kariert 78 Pz.
  - Gardinenstoffe neue Must. 95 Pz.
- Tischdecken**
- Tischdecken Phantasiegest. 6.75
  - Diwanddecken Phantasiegest. 9.75
- Steppdecken**
- Steppdecken Satin, doppeltseitig, gute Füllung 13.75
  - Steppdecken doppeltseitig Satin, gute Füllung, 160 x 200 18.50
  - Barchent-Betttücher weiß und mit Kante 2.45
  - Schialdecken Jacquardgest. 4.90

**Taschentücher**

- Baisttücher mit Honigbaum u. m. buntem Rand 12 Pz.
- Honigbaumtücher weiß und buntem Rand 30 Pz.
- Damentücher Linon, weiß und buntem Rand 15 Pz.
- Herrentücher mit buntem Rand 18 Pz.
- Stickerfücher 55 Stück im Karton 78 Pz.
- Kinderfücher mit buntem Rand od. Bildern 9 Pz.

# M. Grünberg Nachflg. Schöneberg 17 Hauptstrasse 17